Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf. bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9975.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkauf 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
Für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Bestellte Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603). Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 60. Freitag 1. März 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* König Friedrich August tritt heute von Hamburg aus seine Reise nach Lissabon an.

* Der Bundesrat hat gestern in der Braunschweiger Frage sich von neuem zu dem Beschluß von 1885 bekannt, durch den die Thronfolge der Cumberländer Familie abgelehnt wird. (S. d. bes. Art.)

* Im Reichstag sprachen gestern zunächst Schrader, Zimmermann und Payer von kleinen Fraktionen, dann als zweiter Zentrumsredner Gröber, dem Graf Posadowsky kurz antwortete, wobei er eine längere Erwiderung des Reichskanzlers ankündigte. (S. Parlam.-Ber. 2. Beilage.)

* Im preußischen Abgeordnetenhaus erklärte Minister Delbrück, die Zeit für die Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen sei noch nicht gekommen. (S. Dtschs. R.)

* Der vielgenannte frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Sabor ist in Frankfurt a. M. gestorben. (S. Dtschs. R.)

* Am heutigen Tage findet die Reichstagsnachwahl im Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza statt. (S. Dtschs. R.)

* Der Beschluß der Hamburger Reeder, von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr arbeiten zu lassen, ist aufgehoben worden. Kurz vor Eintritt der gestrigen Mittagpause erhielten die Schauerleute die Anweisung, daß sie die Nacht durchzuarbeiten haben. (S. Letzte Dep.)

* Die Russen haben sich eine schwere Grenzverletzung an der rumänischen Grenze zuschulden kommen lassen. (S. Ausl.)

* Die französische Presse behandelt die Geschichte der Algeciras-Konferenz neuerdings mit gehässigen Ausfällen gegen Deutschland. (S. Ausl.)

* Eine belgisch-holländische Kommission studiert die gemeinsamen Defensiv-Interessen beider Länder. (S. Ausl.)

Bundesrat und Braunschweiger Frage.

Es war vorauszusehen, daß die Beratung und Beschlußfassung des Bundesrats über die sogen. Braunschweiger Frage keine Ueberraschungen bringen werde. Man konnte darum voraussagen, welchen Verlauf die gestrige Sitzung des Bundesrats nehmen werde. Der vorbereitende Ausschuß hatte zudem gesprochen. Das Plenum hatte nur noch seine Zustimmung zu votieren. Und es hat sie gestern gegeben. Selbst die Frage, ob sich Bundesstaaten finden würden, die nicht bereit wären, anders als der sächsisch-preußische Vorschlag zu entscheiden, ist ohne Sensation beantwortet worden. Mit Ausnahme von Braunschweig, das sich der Stimmabgabe enthielt, ist die Beschlußfassung einstimmig erfolgt. Ein Telegramm des offiziösen Telegraphenbureaus berichtet über den Verlauf der Sitzung Folgendes:

In der gestrigen Plenarsitzung des Bundesrates, in welchem der Reichskanzler den Vorsitz führte, wurde auf Antrag des Referenten, des königlich sächsischen Bundesratsbevollmächtigten Grafen Vitzthum von Eckstädt folgender Beschluß gefaßt: Der Bundesrat beschließt 1) Die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß, solange Se. Königliche Hoheit der Herzog von Cumberland oder ein Mitglied seines Hauses sich in einem im reichsverfassungsmäßig gewährleisteten Frieden unter Bundesmitgliedern widerstreitenden Verhältnisse zu dem Bundesstaat Preußen befindet und Ansprüche auf Gebietsteile dieses Bundesstaates erhebt, daß auch die Regierung eines anderen Mitgliedes des herzoglichen Hauses Braunschweig-Lüneburg mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei, selbst wenn dieses Mitglied gleichzeitig mit dem Verzicht der übrigen Mitglieder des Hauses auf Braunschweig seinerseits für sich und seine Deszendenz allen Ansprüchen auf das frühere Königreich Hannover entsagt, daß demnach durch die dem Bundesrat vorgelegten Erklärungen Sr. Königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland in dem Schreiben an Se. Majestät den deutschen Kaiser und König von Preußen vom 2. Oktober 1906 und an das herzoglich braunschweig-lüneburgische Staatsministerium vom 15. Dezember 1906 eine entscheidende Aenderung in der dem Beschlusse des Bundesrates vom 2. Juli 1885, Paragraph 422 der Protokolle, zugrunde liegenden Sach- und Rechtslage nicht eingetreten sei; 2) Die braunschweigische Landesregierung hiervon in Erledigung ihrer Anträge (Nr. 8 der Bundesratsdrucksachen) zu verständigen.

So langatmig und schwierig konstruiert dieser Beschluß auch ist, ein echtes Bureaukratenwerk — Inhalt und Sinn sind kurz und bündig. Es bleibt alles beim alten. Der Beschluß vom 2. Juli 1885, der die Familie des Herzogs von Cumberland von der Thronfolge in Braunschweig ausschließt, wird nur von neuem bekräftigt. Und man kann nicht anders sagen als „von Rechts wegen", denn, wie wir schon früher ausführten: die schwächlichen Konzessionen, zu denen sich der welfische Herzog bereit erklärt hatte, indem sein jüngerer Sohn, und auch dieser nur unter allerhand Klauseln, auf den Thron von Hannover verzichtete — hatten nur den Wert von politischen Winkelzügen, ohne daß die alte Position des Welfenhauses aufgegeben wurde. Diese aber gründet sich auf die Unversöhnlichkeit Preußen gegenüber. Sie hält an einem angeblichen Recht fest, das seit dem Prager Frieden kein Recht mehr ist. Sie operiert nicht mit geschichtlichen Tatsachen, sondern mit Sentiments. Und was man dabei „Treue" nennt, ist längst zu unfruchtbarer Halsstarrigkeit geworden. Kein Wunder, daß demgegenüber auch nur kühle Ablehnung die Antwort ist, daß man die letzten Konsequenzen aus der Haltung des Welfenhauses zieht und ihm darum den Braunschweiger Thron verweigert.

Daß der Herzog von Cumberland, wenn überhaupt, dann gerade jetzt, wenige Wochen nach dem Tode seiner Mutter, seine Haltung aufgeben und die auch von vielen seiner Anhänger ersehnte Verzichtleistung auf Hannover aussprechen wird, ist nicht anzunehmen. Und so wird das Braunschweiger Land, das bei dieser ganzen Affäre am meisten zu bedauern ist, weil es sich immer wieder ungewissen Zuständen gegenüber sieht, alsbald vor die Frage gestellt werden, ob es nun ohne Rücksicht auf das Cumberländer Haus die Thronfrage endgültig regeln oder abermals zu dem Ausweg einer Regentenwahl greifen will. Bekanntlich gehen darüber die Meinungen im Lande selbst auseinander. Die nächste Zeit wird darum Gelegenheit geben, hier die Entscheidung zu suchen und zu finden.

Aus dem Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Die Beratung des Reichshaushaltsetats bot gestern insofern ein erhöhtes Interesse, als man nunmehr bei den Debatten in die Details der abgelaufenen politischen Periode einzudringen beginnt. Dadurch geht natürlich der große Zug verloren. Für den politisch Unterrichteten aber kommt mancher neue Reiz in die Reden.

Zunächst sprach der Freisinnige Schrader, der recht praktische Ansichten entwickelte und nur bei Besprechung der Handelsbeziehungen mit Amerika sich mehr hätte zurückhalten können; denn es kann die Aussichten auf einen Handelsvertrag nie verbessern, wenn man im Reichstag sich schon mit einem Provisorium abfindet.

Herr Zimmermann fand Beifall bei seiner Besprechung der Kalamität infolge der Umtriebe russischer Studenten.

Besonders erfreulich aber will uns die Rede des süddeutschen Demokraten von Payer-München dünken, der die ganz treffliche Taktik verfolgte, das Gute in dem neuen Kanzlerprogramm anzuerkennen und gleichzeitig den Kanzler darauf nochmals zu verpflichten. Nur insofern muß man Herrn von Payer widersprechen, als es nicht die Aufgabe des Reichstages sein kann, über das preußische Wahlrecht zu befinden. Auch wir halten es für sehr reformbedürftig; aber mit der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Bundesstaaten — sozusagen von Reichswegen — können wir uns nicht einverstanden erklären.

Der Schluß der Debatte brachte eine politisch sehr zugespitzte Kontroverse zwischen dem Zentrumsabgeordneten Gröber, dem Herrn Dernburg und dem Grafen Posadowsky. Herr Gröber spielte den tiefgekränkten Patrioten, trauerte über die Ehrverletzungen des Zentrums durch den Vorwurf der antinationalen Gesinnung und klagte über die Entfesselung eines neuen Kulturkampfes durch die Liberalen, wobei er sich zur Freude des ganzen Hauses auf die Autorität des „Wüstegiersdorfer Grenzboten" berief. Dann aber warf er die Frage auf: Was ist national? Das Abgeordnetenhaus sei nicht aufgelöst worden, obwohl die Kanalvorlage abgelehnt worden sei, und übrigens hätten 1893 sogar die Konservativen Abstriche am Militäretat vorgenommen. Es will uns scheinen, als ob die Liebeserklärungen des Abgeordneten Gamp dem Zentrum neue Hoffnungen eingeflößt haben. Es scheint zu einem Techtelmechtel mit den Konservativen gern bereit zu sein.

Herr Dernburg sprach sehr vorsichtig, behielt sich ein näheres Eingehen vor — wahrscheinlich, um vorher Rücksprache mit dem Kanzler nehmen zu können — und stellte nur fest, die Auflösung sei nicht erfolgt wegen der Abstriche, sondern wegen der Limitierung der Flotte.

Graf Posadowsky gab sich die Mühe, die naive Gröbersche Frage zu beantworten, was „national" sei. Auch er wollte sicherlich dem abwesenden Kanzler, dessen Antwort er ankündigte, nicht vorgreifen. Doch wurde es sehr sympathisch aufgenommen, wie eindringlich er für die Autorität des Fürsten Bülow, dem Kaiser und dem Bundesrat gegenüber, eintrat. Das Kabinett Bülow steht heute in sich fester gefügt aus, als früher.

Vom bayerischen Zentrum.

Unser Münchner Korrespondent schreibt: Wie richtig es war, die Gerüchte und Meldungen über eine bevorstehende Spaltung im bayerischen Zentrumslager und die Gründung einer neuen Partei mit Vorsicht und Mißtrauen aufzunehmen, beweisen die Tatsachen noch weit rascher, als man es vermuten konnte. Heute, das kann man getrost sagen, denkt niemand mehr daran. Ja noch mehr, meine Voraussage, daß die opponierenden Zentrumsmänner mit wenigen Ausnahmen wieder reuig in den Schoß der alleinseligmachenden Partei zurückkehren werden, beginnt sich bereits offenkundig zu erfüllen. Am 26. Februar fand eine „geschlossene Zentrumsversammlung" statt, deren Zweck jedoch schon vorher bekannt war — das eine oder andere Einladungsschreiben war offenbar doch an eine falsche Adresse geraten. Man hält es nämlich nach den Erfahrungen bei den letzten Wahlen für nötig, die Organisation des Zentrums in München „auf eine breite Basis zu stellen". Grund: der unsagbare Schmerz darüber, daß München keine schwarze Stadt mehr ist, eine Wahrnehmung, welche die Herren übrigens schon seit einer stattlichen Reihe von Jahren und Wahlen hätten machen können. Nachdem von der ultramontanen Presse veröffentlichten Versammlungsbericht trat der Referent ebenfalls der „auch in Zentrumskreisen" verbreiteten Meinung entgegen, daß es sich um eine Spaltung im Zentrum handle und legte dann die Notwendigkeit einer Neuorganisation „von unten herauf" dar. Diese Arbeit soll bestehen in der Organisation für die Presse und die — ach! so notwendige — Mitarbeiterschaft der gebildeten Kreise an dieser Presse; in der Massenverbreitung geschickt abgefaßter Flugblätter und endlich in der Heranziehung von Rednern aus den Kreisen der Gebildeten zur Arbeit und Aufklärung! in den Vereinen. Als Ziel des neu gegründeten Vereins, über dessen Namen sich ohne Resultat eine „etwas stürmische" Diskussion entwickelte, wurde aufgestellt, in den weitesten Schichten Münchens insbesondere über die Volksarbeit des Zentrums Licht zu verbreiten, um den Massenlügen der gegnerischen Presse ein Paroli bieten zu können. Das „Licht" verbreitende und das „aufklärende" Zentrum sind gleich gut. Seine Presse scheint aber, was bei ihr gar nicht verwunderlich ist, nicht einmal die vernichtende Kritik zu merken, der sie mit diesem Programm unterzogen wird. Ueber die geplante Agitation ist u. a. die Absicht in die Oeffentlichkeit gedrungen, möglichst den noch religiös gesinnten Zuzug von Arbeitern aus der Provinz dem Zentrum zu erhalten. Die Flugblätter sollen durch Vertrauensmänner und „gewöhnlich" noch unter mündlicher Belehrung über ihren Inhalt verteilt werden, ein Vorschlag, der selbst bei den Ultramontanen nicht ohne Widerspruch blieb.

Das Interessanteste an der Versammlung war aber, daß sich neben denen, die ihn jüngst einen Verräter und fahnenflüchtigen Offizier nannten — von anderen Titulaturen ganz zu schweigen — auch Reichsrat Frhr. v. Soden befand. Und einer derer, die wegen ihrer angeblichen Einwirkung auf den Erzbischof von München am meisten beschimpft worden waren, Professor Grauert, war zwar nicht erschienen, hatte aber ein Entschuldigungsschreiben geschickt, in dem er, wenn man der Zentrumspresse trauen darf, sein lebhaftes Interesse an den geplanten Bestrebungen zum Ausdruck brachte. Man sieht, die Versöhnung macht reißende Fortschritte.

Politischer Brief aus Rom.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Vor ein paar Wochen hat eines der tüchtigsten und kenntnisreichsten Mitglieder der italienischen Deputiertenkammer, namens Nitti, ein Buch veröffentlicht, in dem mit Bezug auf die hiesigen Verhältnisse der Ausdruck „parlamentarische Konfusion eines Landes ohne Politik" vorkommt. Herr Nitti zeigt auch im einzelnen, daß den sogenannten politischen Parteien im Lande wie im Parlamente wirkliche und sachliche Unterscheidungsmerkmale abgehen; daß sich vielmehr dieselben Personen trennen und vereinigen ganz nach flüchtigen Veranlassungen, so daß ihre Gruppierungen nicht verschiedene Programme, sondern höchstens Verschiedenheit der Temperamente zu bedeuten haben. Daher, so folgert er, stammt die Mattigkeit der gesetzgebenden und regierenden Körperschaften, die Gleichgültigkeit der Massen gegen die großen, allgemeinen Probleme, das Fehlen eines echten und edlen nationalen Gewissens, die Kleinlichkeit der auf Personalien reduzierten politischen Kämpfe, die Ungeniertheit, mit der sich Parlamentarier als Zanardellianer, Giolittianer, Sonninianer, Marcorianer . . . bekennen.

Wenngleich ich im allgemeinen dieses Bild als zu schwarz bezeichnen würde, muß ich es doch angesichts der augenblicklichen innerpolitischen Verhältnisse als berechtigt anerkennen. Die Art, in der die Deputiertenkammer die Demission ihres alten Präsidenten Biancheri entgegennahm und Herrn Marcora an seine Stelle berief, ist ein recht beredtes Zeugnis in diesem Sinne. Biancheri, der ein halbes Jahrhundert dem sardinischen und dem italienischen Parlament angehört und sich mannigfaltige nationale Verdienste erworben hat, dem vor allen Dingen von keiner Partei der leiseste Einwand ob der Führung der Präsidialgeschäfte gemacht werden kann, ist gegangen, ohne daß sich die Kammer die Umstände gemacht hätte, in Rücksicht auf die delikate Motivierung seines Rücktritts ihm Vertrauen oder zumindest den gebührenden Dank kundzugeben. Marcora ist nach der ungünstigen Probe von 1904 bis zum Ministerium Sonnino von der Majorität wieder zum Kammerpräsidenten berufen worden, nicht etwa weil auch nur diese Majorität technische oder politische Qualitäten zur Präsidentschaft in Marcora anerkennt, oder weil diese Majorität Marcoras Akte der Parteilichkeit in der Handhabung der Sitzungspolizei oder gelegentlich der Bildung des zweiten Kabinetts Fortis oder endlich seine die äußere Politik kompromittierende Phrase vom „unserem Trient" vergessen hat, sondern lediglich weil Giolitti es ihr — befohlen hat. Ja, es ist so: das Kabinett diskutiert nicht mit der Majorität, hat es auch dank den unterirdischen Beziehungen, die zwischen Deputierten und Regierung zu bestehen pflegen, gar nicht nötig, und so genügt der Majorität für ihre Entschließungen das hoc volo sic jubeo. Natürlich fehlt darum noch nicht der zureichende objektive Grund für die Wahl Marcoras, und der ist das Bedürfnis, die Majorität zu konsolidieren und zu vergrößern durch Heranziehung des marcorianischen Teils der Radikalen.

Ohne eine so gefügige Majorität, ohne die Möglichkeit einer solchen Parlamentspolitik, vermöchte aber auch das Ministerium Giolitti sich nicht zu behaupten. Opportunismus und Empirie, das sind die Formeln, mit denen Giolitti Italien regiert. Keine Leistung, bevor Gefahr im Verzuge oder Aussicht auf ein parlamentarisches oder Wahlkreisgeschäft! Kein Gesetzentwurf und keine Verwaltungsmaßnahme kraft einer Idee oder einer planmäßigen und organischen Erkenntnis, kein Reformwerk von Grund aus und mit großer Tragweite, sondern nur Flick- und Stückwerk. (Die scheinbaren Ausnahmen bestätigen die Regel.) Ich will das alte Lied vom Analphabetentum nicht wiederholen und nicht wieder darauf verweisen, daß auch das reich gewordene Italien für öffentlichen Unterricht einen sehr viel geringeren Teil seiner Einnahmen verwendet als Rußland. Aber da ist z. B. das bißchen Neuerung im Gerichtswesen, das der Justizminister in Anbetracht geradezu schreiender Mißstände in einer Weise versucht hat, die den Herren Advokaten und darunter den vielen dem Parlamente angehörigen Mitgliedern dieses Standes unbequem ist, — und schon verschwindet der Gesetzentwurf, um vermutlich nach geraumer Weile, arg verstümmelt und seiner wesentlichen Vorzüge beraubt, wiederzuerscheinen. Da ist ferner die große, umfassende Steuerreform, über deren Notwendigkeit nur eine Meinung herrscht: das Ministerium begnügt sich mit einem Gesetzentwurf, der einige Ausgaben für Gerichtsbarkeit, Polizei und Militär im Gesamtbetrage von jährlich 10 Millionen Lire von den Gemeinden auf den Staat überträgt, und begnügt im übrigen mit der Ermäßigung des Petroleumpreises. Da sind endlich die militärischen Einrichtungen, die unter vielen Gesichtspunkten viel zu wünschen übrig lassen, und für die der derzeitige Kriegsminister selbst vor einigen Monaten gewaltige Geldhaufen gefordert hat; doch mit zager Hand wird nur Geringes getan.

Was und wie das Parlament verhandelt, entspricht natürlich der Tendenz der Regierung. Nichts ist bezeichnender, als die Tatsache, daß die Kammer noch heute an dem Eisenbahnproblem laboriert, und daß der normalerweise erste Schritt der nunmehr seit 1½ Jahren vollzogenen Eisenbahnverstaatlichung, nämlich eine gesetzmäßige Systematisierung der zugehörigen Einrichtungen und Bestimmungen, noch immer darauf wartet, getan zu werden. Der hl. Provisorius gilt hier eben immer noch mehr als der hl. Peter! Dabei hat die Kammer augenblicklich außer den zwei ersten Ressortetats 1907/08, die die Kommission bereits erledigt hat, und ein paar unpolitischen Gesetzentwürfen gar keinen Arbeitsstoff für das Plenum, und jener Eisenbahngesetzentwurf ist schon seit geraumer Weile zu ihrer Verfügung.

Deutsches Reich.

Leipzig, 1. März.

* **Bundesrat.** In der gestrigen Sitzung des Bundesrates fand der Ausschußbericht über den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Gebührentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal Zustimmung.

* **Vom Reichsgericht.** Herr Geh. Justizrat Emil Sachs, Rechtsanwalt beim Reichsgericht, tritt heute in den Ruhestand. 1842 in Breslau geboren, trat er 1863 in den Justizdienst und war am Stadtgericht Berlin und Neu-Ruppin tätig. 1869 wurde er Rechtsanwalt und Notar am Kreisgericht Siegen. Von dort verlegte er seinen Wohnsitz nach Wanzleben; 1872 wurde er als Rechtsanwalt beim Reichs-Oberhandelsgericht in Leipzig zugelassen und trat am 1. Oktober 1879 zum Reichsgericht über. Hier hat er sich durch seine hervorragenden Leistungen in Bank-, Handels- und Versicherungssachen einen Ruf erworben. Als Kombattant der Feldzüge 1864, 1866 und 1870/71 schmücken diese Feldzugsmedaillen, sowie das Eisenkreuz seine Brust, ebenso der Rote Adler-Orden 4. Klasse.

* **Auswandererwesen.** Der Geschäftsbericht über die Tätigkeit der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer für die Zeit vom 1. Oktober 1905 bis zum 30. September 1906 ist dem Reichstage zugegangen. Nach diesem Bericht hat die Zentralauskunftsstelle 2496 schriftliche und 684 mündliche Auskünfte erteilt. Von 4793 die verschiedenen Auswanderungsgebiete betreffenden Anfragen bezogen sich mehr als die Hälfte (2979) auf die deutschen Kolonien, die in steigendem Maße das Interesse der Auswanderungslustigen in Anspruch nahmen. An erster Stelle stand unter den deutschen Schutzgebieten Deutsch-Südwestafrika, auf das sich 1005 Anfragen bezogen (im Vorjahre 413). Diesen Ansiedlern wurde mitgeteilt, daß der Niederlassung im Hererolande Bedenken nicht mehr entgegenständen und die durch den Krieg entstandenen Verkehrsschwierigkeiten im wesentlichen beseitigt seien. Auf Deutsch-Ostafrika bezogen sich 517 Anfragen (283 im Vorjahre). Die Mehrzahl der Anfragenden war mittellos. Anfragen betreffs der übrigen deutschen Kolonien liefen ein: für Kamerun 137 (74), für Togo 112 (52), Samoa 97 (42), Neu-Guinea 47 (23). Unter den fremden Auswanderungsgebieten standen voran Südbrasilien, Argentinien, Nordamerika. Vor dem Zuzug nach San Francisco wurde gewarnt, da die dort tätigen Anwerbungsagenten viel versprechen, wenig halten.

* **Sächsisches Parteiwesen.** Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt:

Das linksnationalliberale „Leipziger Tageblatt", das sich übrigens auch gegen die nationalliberalen Mischvereine erklärt oder doch von ihnen verlangt, daß sie zur Frage des sächsischen Landtagswahlrechts deutlich Stellung nehmen, erwähnt ein Gerücht, wonach eine Spaltung in der konservativen Partei Sachsens bevorstehe; es solle eine neue, gemäßigt konservative Partei gebildet werden, bei der man darauf spekuliere, daß sich ihr auch nationalliberale Elemente anschließen würden. Unseres Wissens ist das Gerücht grundlos. Es gibt ja auch in Sachsen einige konservative Eigenbrödler, die nach links hin gravitieren. Aber das ist nichts neues, sondern von jeher so gewesen. Daß diese Sonderneigungen zu einer förmlichen und erheblichen Absplitterung führen sollten, halten wir für ausgeschlossen.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung" das Gerücht für grundlos erklärt, so ist das nur ein Beweis dafür, daß ihr Gewährsmann der Sache nicht auf den Grund gegangen ist. Tatsächlich hat die Spaltung nicht erst mit dem „neuen Kurs" begonnen, sondern schon bedeutend früher haben angesehene Mitglieder der sächsischen konservativen Partei eingesehen, daß der vorwiegend agrarische Einfluß in der Parteileitung, der in krassem Mißverhältnis zu der Bedeutung der Landwirtschaft in Sachsen steht, der konservativen Partei im Lande auf die Dauer höchst schädlich sein muß. Der Eifer, mit dem die „Deutsche Tageszeitung" die Einigkeit im konservativen Lager betont, findet seine naheliegende Erklärung in der Tatsache, daß die Vertreter der Gegenströmung keineswegs, wie die Tageszeitung von den „Eigenbrödlern" behauptet, nach links gravitieren, sondern nur gegen den agrarischen Einfluß in der Parteileitung Front machen wollen. Es handelt sich dabei um Politiker, deren konservative Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist. Ueber den Begriff einer „erheblichen" Absplitterung können natürlich die Meinungen auseinandergehen, jedenfalls wird, so weit sich die Bewegung zurzeit beurteilen läßt, die Absplitterung so ausfallen, daß die „D. Tagesztg." sie bei den Liberalen als sehr erheblich bezeichnen würde. Von einer ganz irrtümlichen Auffassung zeugt die, natürlich unbeabsichtigte (?) Entstellung, das „Leipz. Tgbl." habe sich auch gegen die nationalliberalen Mischvereine erklärt. Der betreffende Artikel bezog sich, wie ausdrücklich betont war, auf Vereine, die mit der nationalliberalen Partei absolut nichts zu tun haben.

SLUB
Wir führen Wissen.